

Neues Landesmobilitätsgesetz: BUND kritisiert unzureichende Maßnahmen

BUND fordert bei Anhörung zum neuen Landesmobilitätsgesetz einen umfassenden Mobilitätspass für Kommunen und Bürger.

Aufruf zur Mobilitätswende: BUND kritisiert eingeschränkten Mobilitätspass

In einer aktuellen Debatte über das neue Landesmobilitätsgesetz in Baden-Württemberg äußert der BUND, vertreten durch Landesgeschäftsführer Martin Bachhofer, besorgte Stimmen über den Entwurf der Landesregierung. Der Entwurf kommt nach längeren Verhandlungen zwischen den Fraktionen der Grünen und der CDU zustande, jedoch gibt es großen Widerstand gegen bestimmte beschlossene Änderungen.

Der Mobilitätspass: Ein eingeschränkter Ansatz

Der Mobilitätspass, der ursprünglich als umfassendes Instrument zur Förderung nachhaltiger Mobilität gedacht war, wurde in der neuen Gesetzesfassung stark eingeschränkt. Statt einer breiten Anwendung für alle Bürgerinnen und Bürger, wird der Pass jetzt lediglich als Abgabe für Einwohner oder Kfz-Halter eingerichtet. Dies könnte in vielen Kommunen als Rückschritt angesehen werden und den positiven Impuls der Mobilitätswende gefährden.

Wichtige Instrumente der Verkehrspolitik

fehlen

Ein zentrales Anliegen des BUND ist die Beibehaltung anderer wichtiger Maßnahmen, wie etwa der Citymaut und der Arbeitgeberabgabe, die gestrichen wurden. Diese Instrumente könnten den Städten ermöglichen, den Verkehr wirkungsvoll zu steuern und gleichzeitig zur Umweltschutzregeln beizutragen. Bachhofer betont: „Den Kommunen werden die entscheidenden Instrumente zur Steuerung des Verkehrs aus der Hand geschlagen.“

Die finanzielle Belastung der Bürger

Ein weiterer Kritikpunkt betrifft die ungleiche Verteilung der finanziellen Lasten. Die Verantwortung für den Umweltschutz und die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur dürfte nicht allein den bereits stark belasteten Bürgerinnen und Bürgern auferlegt werden. Der BUND fordert auch, dass Unternehmen ihren Beitrag zur Reduzierung von klimaschädlichen Emissionen leisten müssen.

Appell zur Überarbeitung des Gesetzesentwurfs

Der BUND appelliert an die Landesregierung, die aufgezeigten Mängel im bevorstehenden Anhörungsverfahren zu überdenken. „Es ist unverantwortlich, die finanziellen Belastungen auf die Bürger abzuwälzen“, sagt Bachhofer und fordert eine Rückkehr zu einem ganzheitlichen Ansatz, der alle gesellschaftlichen Akteure in die Verantwortung zieht.

Die Debatte über das Mobilitätsgesetz ist ein wichtiges Thema für die zukünftige Verkehrsplanung und das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger. Es bleibt abzuwarten, wie die Landesregierung auf die kritischen Stimmen reagiert und ob notwendige Anpassungen erfolgen, um die Mobilitätswende in Baden-Württemberg nicht zu gefährden.

Für weitere Informationen steht der BUND Landesverband Baden-Württemberg zur Verfügung.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de